



Presseinformation

Nr. 64/2008 Kiel, 21. Juli 2008

Neues Schulgesetz

Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
stv. Fraktionsvorsitzender

Fass ohne Boden

Angesichts der aktualisierten Abschätzungen für die in Kiel erforderlichen Investitionskosten zur Umsetzung des neuen Schulgesetzes erneuert die FDP-Ratsfraktion die Forderung an das Land, für finanziellen Ausgleich zu sorgen. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende und schulpolitische Sprecher, Helmut Landsiedel:

„Das von der Großen Koalition beschlossene Schulgesetz entwickelt sich für die Kommunen zunehmend zu einem Fass ohne Boden. Lagen die Erwartungen für die Investitionskosten in Kiel vor gut einem Jahr noch bei rund 4,5 Mio. Euro, so geht die Verwaltungsspitze nach vorsichtigen Schätzungen inzwischen von rund 9,3 Mio. Euro aus. Davon entfielen etwa 5,75 Mio. Euro auf Regional- und Gemeinschaftsschulen und ca. 3,55 Mio. Euro auf die Profiloberstufe.

Es wäre sinnvoller gewesen, diese finanziellen Mittel, die durch das Gesetz gebunden werden, in die vorhandenen Strukturen zu investieren – insbesondere in die Schulsanierung oder auch in die Modernisierung der Unterrichtsräume.

Nun aber ist das Land in der Pflicht. Die FDP-Ratsfraktion erneuert ihre Forderung, das in der Landesverfassung verankerte Konnexitätsprinzip einzuhalten – mit anderen Worten: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Wir lehnen es strikt ab, dass das Land ein kostenträchtiges Gesetz beschließt, sich dann aus der Verantwortung stiehlt und die finanziellen Belastungen zur Umsetzung den Kommunen auferlegt. Falls hier das Land nicht einlenkt, sollte Kiel als Schulträger die Möglichkeit in Erwägung ziehen, gegebenenfalls auch den Klageweg zu beschreiten.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer